

BESCHLUSS

RESOLUTION

MORATORIUM FÜR STUTTGART 21

BAHN UND LAND DÜRFEN KEINE FAKTEN MIT ABRISSBIRNE UND BAGGER SCHAFFEN

Das Projekt Stuttgart 21 ist zusammen mit der Neubaustrecke Wendlingen – Ulm das größte und teuerste Eisenbahninfrastrukturvorhaben Deutschlands. Dabei soll der vorhandene Stuttgarter Kopfbahnhof durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof mit 33 km langen Zulauf-tunneln unterhalb der Stadt ersetzt werden.

Das Land Baden-Württemberg zahlt freiwillig 2 Milliarden Euro für den Bau des Tunnelbahn-hofs Stuttgart 21 sowie für die Neubaustrecke, damit Bund und DB AG das Projekt überhaupt bauen. Diese Mittel fehlen an anderen Stellen im Land für viele wichtige Verkehrsprojekte. So ist der Ausbau der Rheintalschiene, die zu den zentralen Güterverkehrskorridoren mit internati-onaler Bedeutung zählt, bis 2025 nicht gesichert. Zugleich wird an ihrem umwelt- und bürger-freundlichen Ausbau zu Lasten der Anwohner_innen gespart. Auch kleinere Maßnahmen mit hohem verkehrlichen Nutzen, wie der Ausbau der Gäubahn und die Elektrifizierung und der Ausbau der Südbahn Ulm-Friedrichshafen-Lindau sowie zahlreiche Maßnahmen im ÖPNV ste-hen damit zur Disposition oder können nur mit erheblicher Verspätung realisiert werden.

Wir halten den Bau von Stuttgart 21 für eine gigantische Fehlentscheidung mit milliarden-schweren Folgen, für die letztlich alle Steuerzahler_innen geradestehen müssen. Angesichts gra-vierender Planungsmängel und vieler ungeklärten Fragen bei der Neubaustrecke Stuttgart – Ulm darf mit dem Umbau des Bahnhofes nicht begonnen werden.

Widerstand in Stadt und Land

Seit Ende letzten Jahres demonstrieren jeden Montag tausende Menschen für den Erhalt ihres Kopfbahnhofes, in der Region Stuttgart werden an vielen Orten lokale Bündnisse gegen Stutt-gart 21 geschmiedet. Wie kein anderes Projekt treibt die Zukunft des Stuttgarter Hauptbahnho-fes die in und um Stuttgart lebenden Menschen um.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen den Widerstand gegen das verkehrspolitisch unsinni-ge und aberwitzig teure Projekt Stuttgart 21. Wir wollen, dass der bestehende Kopfbahnhof in seiner Grundstruktur erhalten bleibt, modernisiert und ausgebaut wird. Das schafft eine höhere Attraktivität für die Bahnkundinnen und Bahnkunden und eine deutlich größere Leistungsfähig-keit, als der geplante unterirdische Engpass.

Keine Fakten mit dem Bagger schaffen: Moratorium für Stuttgart 21

Am 2. Februar feierten die Projektträger den Baubeginn für den Umbau des Stuttgarter Haupt-bahnhofes, der Abriss der Seitenflügel ist für das 2. Halbjahr 2010 geplant. Bereits jetzt wurden die ersten Bauaufträge vergeben. Sollten die Projektträger weitere Aufträge vergeben, drohen Entschädigungszahlungen, sollte das Projekt doch noch gestoppt werden. Wir wehren uns da-gegen, dass die Landesregierung und die Bahn mit dem Baubeginn Fakten schaffen, bevor das Projekt überhaupt zu Ende geplant und rechtsgültig planfestgestellt ist.

1. Die Neubaustrecke Ulm-Wendlingen hat gravierende Mängel

Anders als Stuttgart 21 ist die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm nicht grundsätzlich falsch. Es gibt allerdings viele offene Fragen und offensichtliche Mängel. Bevor die Neubaustrecke Wend-

lingen – Ulm gebaut wird, müssen alle Informationen auf den Tisch - und zwar die aktuellen und nicht die überholten von vorgestern.

Die Kosten- und Baurisiken für das Projekt werden dramatisch heruntergespielt. Obwohl die Deutsche Bahn AG (DB AG) die Neubaustrecke Projekt Wendlingen–Ulm als einen integralen Bestandteil des Projektes Stuttgart 21 ansieht, liegen weder die realen Kosten auf dem Tisch noch sind alle Abschnitte fertig geplant. Nach wie vor beziffern DB AG und Land die Kosten der Neubaustrecke lediglich mit 2 Milliarden €. Dabei stammen diese Zahlen aus dem Jahr 2004. Erfahrungen mit teilweise exorbitanten Kostensteigerungen bei Tunnelstrecken sowie die schwierige geologische Situation auf der Alb sprechen auch hier dafür, dass die Neubaustrecke erheblich teurer wird. Zudem hält die Bundesregierung die Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Strecke wie auch für Stuttgart 21 immer noch unter Verschluss. Für Frühjahr 2010 wurde im Rahmen der Bedarfsplanüberprüfung für die Schienenneu- und Ausbauprojekte des Bundes eine neue Kostenschätzung angekündigt, die jedoch bis heute noch auf sich warten lässt. Wie auch immer sie ausfällt: In den Sparhaushalten der kommenden Jahre werden die ohnehin zu geringen Mittel für Neubauinvestitionen weiter zurückgehen. Dass S 21 und die NBS in zehn Jahren gebaut werden, ist jedenfalls angesichts von Erfahrungen mit vergleichbaren Projekten sehr unwahrscheinlich. Die Gefahr ist groß, dass die Projekte S 21 und die NBS sich über 20 bzw. 30 Jahre hinziehen werden, während die Kosten ohne Gegenwert weiter exorbitant steigen. Ein Alptraum für die Bahnnutzer_innen und eine milliardenschwere Fehlentscheidung zu Lasten der öffentlichen Kassen.

Die Planungen der DB AG für die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm haben gravierende Mängel. Sowohl die Trassenführung als auch die erhebliche Steigungen der Strecke bringen keinen Nutzen für den Güterverkehr. Statt zur Verlagerung von Gütern auf die Schiene beizutragen, wird eine milliardenteure Strecke geplant, die noch steiler als die Altstrecke mit Geislinger Steige ist. Deshalb kann die Strecke von Güterzügen mit mehr als 1000 Tonnen, wie sie heute üblich sind, gar nicht genutzt werden.

2. Planfeststellungsverfahren für Stuttgart 21 sind noch nicht abgeschlossen

Bisher sind die Planfeststellungsverfahren für die Streckenabschnitte im Bereich Flughafen – Rohr, sowie im Bereich Abstellbahnhof Untertürkheim noch nicht abgeschlossen. Die Anbindung des Flughafens mit zwei Bahnhöfen und die eingeschränkte Nutzung des S-Bahntunnels durch Fern- und Regionalzüge ist eine verquere, unpraktische und teure Lösung.

3. Kein Konzept für den Schienenverkehr im Land

Bis heute fehlt es an einem Infrastruktur- und Fahrplankonzept für den Schienenverkehr in der Region nach dem Bau von Stuttgart 21. Ohne Kenntnis notwendiger Abstellbahnhöfe und Streckenausbauten zur Anpassung des Schienennetzes sind die Kosten und Folgen des neuen Tunnelbahnhofs nicht entfernt abschätzbar.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Baden-Württemberg fordern die Landesregierung und die Deutsche Bahn AG auf, keine Fakten für Stuttgart 21 zu schaffen, sondern ein Moratorium zu verhängen. Bevor nicht alle finanziellen, technischen und juristischen Fragen geklärt wurden, dürfen die Arbeiten an Stuttgart 21 und auch der Neubaustrecke Wendlingen – Ulm nicht begonnen bzw. weitergeführt werden. Es wäre ein Treppenwitz der Geschichte, wenn der Bahnhof zwar fertig, die Strecke aber noch über Jahre nicht fertig gestellt wäre.